

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mt. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeilzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Dienstag, den 30. November 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Bürger, Arbeiter, Parteigenossen!

Am letzten Tage dieses Monats tritt der

### Reichstag

wieder zusammen. Dadurch erhält das politische Leben in Deutschland ein erhöhtes Interesse.

Pflicht jedes denkenden Mannes muß es deshalb sein, sich fortgesetzt auf dem Laufenden zu halten und sich über die politischen Vorgänge zu orientieren. Das geschieht nur durch eine

### Presse,

die prompt und ausführlich über die Reichstagsverhandlungen, über alle sonstigen politischen Vorkommnisse berichtet. Soll das aber in der farblosen, zerfahrenen Weise einer sogenannten unparteiischen Presse geschehen? Nein! Nur durch Anschluß an eine große, zielbewußt vorwärts strebende Partei kann in der heutigen Zeit Besserung erreicht werden. Das ist die sozialdemokratische Partei. Deren Organ in Lübeck und den Nachbargebieten ist der

### „Lübecker Volksbote“!

Der „Lübecker Volksbote“, welcher die sozialdemokratischen Anschauungen nicht nur, sondern bei der Prinzipienlosigkeit anderer Blätter auch noch die übrigen guten fortschrittlichen Ideen mit zu vertreten hat, muß von jedem Arbeiter, von jedem kleinen Handwerker und Bauern gelesen werden.

Der „Lübecker Volksbote“ wird fortfahren, in schnellster, sachgemäßer Weise über alle Vorgänge des öffentlichen Lebens zu berichten. Der mit großem Beifall aufgenommene Roman „Hefene“ wird in einiger Zeit durch einen gleich spannenden Roman abgelöst werden.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt 55 Pfennige.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

## Der parlamentarische Staatsstreich in Oesterreich.

Daß Regierungen Staatsstreiche gegen ein Parlament unternehmen, ist nichts Neues in der Geschichte, daß aber eine Parlamentsmajorität selbst den Staatsstreich verübt, sich über seine eigene Verfassung und die Gesetze des Staates hinwegsetzt, sie offen mit Füßen tritt, um die Minorität zu vergewaltigen, dafür hat das österreichische Abgeordnetenhaus wohl das erste Beispiel dieser Art geliefert und damit das Maß der Schande für sich selbst voll gemacht bis zum Ueberlaufen. Nicht gebessert wird die Situation dadurch, daß das Präsidium nur an den Drähten des Ministeriums agierte, denn die Vergewaltigung des Parlaments durch die Polizei ist von Badeni unmittelbar angeordnet worden. Der Polizeikommissar, der die Wache kommandierte, hatte den Befehl, sich bei seinem Eintreffen im Hause bei Badeni zu melden. Dieser gab ihm die Ordre: „Sie werden in den Saal einrücken und Ordnung schaffen.“ Als der Kommissar später erklärte, die Wache sei zu schwach, ließ Badeni Verstärkung nachrücken. Das erhöht noch die Schmach.

Der Gewaltstreich vom Donnerstag, der die Geschäftsordnung suspendierte, war schon schlimm, aber er wurde noch überboten durch die Vorgänge am Freitag. Entgegen dem Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, das in § 16 die Unverletzlichkeit der Abgeordneten ausspricht, hat gestern Abrahamowicz eine Abtheilung Polizisten in den Sitzungsaal der Volksvertretung berufen und sie Gewalt gegen einzelne Abgeordnete gebrauchen lassen. Für diese der Verfassung ins Gesicht schlagende Maßregel giebt es keine Rechtfertigung, und die Abgeordneten, die sich diesem unerhörten Angriff auf ihre Immunität widersetzen, waren ebenso im Recht wie diejenigen von ihnen, welche die Präsidententribüne besetzten, um das Präsidium zu hindern, seine Ungesetzlichkeiten fortzusetzen. Der Präsident hat durch die Herbeiziehung der Polizei und durch die Abführung der Abgeordneten einen frechen Verfassungsverbruch begangen, desgleichen das Ministerium, das dazu die Polizei zur Verfügung stellte.

Die Vorgänge in der Freitagssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses sind so unerhört, daß sie in allen Einzelheiten bekannt zu werden verdienen. Wir lassen deshalb den eingehenden telegraphischen Bericht der „Voss. Ztg.“ darüber hier folgen: Als um 11,15 Uhr Vormittags Präsident Abrahamowicz den Sitzungsaal betrat, wurde er von den sozialistischen Abgeordneten mit kräftigen Psuirufen emp-

fangen; die Linke verhielt sich still. Plötzlich springt der Sozialist Berner über den Ministertisch, eilt zum Präsidenten, ergreift mit raschem Griff die Papiere auf dem Präsidententische; ihm nach stürmen alle Sozialisten unter Psuirufen die Präsidentenstrasse. Berner stößt Abrahamowicz weg, so daß er über einige Stufen stürzt. Inzwischen eilen Diener und Abgeordnete dem Präsidenten zu Hilfe; Berner wird von allen Seiten gepackt, gezerrt, gestoßen, geschlagen. Er wird schrecklich zugerichtet. Dabei thut sich der Jungtscheche Ubrzal hervor, der wie wahnsinnig auf ihn losdrischt. Berner wird schließlich, stark sich wehrend, von Dienern aus dem Saal getragen. Inzwischen hatten die Sozialisten den Präsidententisch besetzt und weilen wiederholte Anstürme der Diener; sie zu vertreiben, zurück. Präsident Abrahamowicz und die Minister Badeni und Gautsch berathen in erregter Stimmung, was zu geschehen habe.

Endlich giebt Abrahamowicz einem Polizisten den Auftrag, den Präsidententisch zu räumen. Im Lauffschritt rückt die 60 Mann starke Polizei an und besetzt von beiden Seiten die Präsidententribüne. Dann begiebt sich ein Polizeibeamter zu den dort lächelnd stehenden Abgeordneten, um sie zum Verlassen der Tribüne aufzufordern. Die Linke begrüßt die Wache mit stürmischen Psuirufen und höhnischem Weisfalkschrei, auch die Gallerie beteiligte sich an den Psuirufen. Die Sozialisten weigern sich, den Platz zu verlassen, worauf die Wache vorrückt und die Sozialisten, die sich heftig wehren, herunterholt. Einer nach dem Andern wird gefaßt und gewaltsam aus dem Saal befördert. Abgeordneter Rozakiewicz läßt sich mit verschränkten Armen aus dem Saal tragen. Daszynski, der als Letzter zurückbleibt, wehrt sich wie ein Löwe. Zwischen Polizeibeamten und einzelnen Abgeordneten der Linken entstehen heftige Streitigkeiten.

Nach einer Weile kehren die Sozialisten zurück, die man auf den Gängen wieder entlassen hatte, im Saale von der Linken begrüßt. Dann will man Wolf und Glöckner (deutschfortschrittlich), entfernen, was aber nicht gelingt. Die Polizisten besetzen den Platz vor der Ministerbank und dem Präsidium. Nun wird die Räumung der zweiten Gallerie befohlen. Die Abgeordneten der Opposition rufen der Gallerie zu: „Dableiben!“ Man winkt ihnen mit Taschentüchern zu, auf den Galerien wird zurückgewinkt. Ein Zuhörer hält Ansprachen, man hört rufen: „Nieder mit den Badeniten!“ Nach einer Viertelstunde ist die zweite Gallerie geräumt. Plötzlich erscheint Wolf im Saal und ruft „Beim Burgtheater wird geschossen!“ (Große Erregung.) Nach halb 1 Uhr eröffnet Abrahamowicz wieder die Sitzung. Die Linke ruft: „Hinaus mit den Polizisten.“ Diese stehen fortgesetzt vor dem Präsidium. Im Saale herrscht tobender Lärm.

2 Uhr Nachmittags. Die Polizei rückt erst in Stärke von dreißig Mann vor die Kanzlei. Als Badeni erschien, meldete sich bei ihm der Polizei-Oberbeamte; Badeni erwiderte: „Es ist gut, Sie werden jetzt in den Saal einrücken und Ordnung machen.“ Der Oberbeamte erwiderte: „Wir sind nur 30 Mann, mit denen können wir nichts ausrichten.“ Badeni sagt darauf: „Also warten Sie, bis Verstärkung kommt.“ Wenige Sekunden später erscheinen im Lauffschritt etwa 30 Polizisten, die sich den Andern anreihen. Der Jungtscheche Lang stellte sich an die Spitze, ihm folgte der Polizeioberkommissar Baron Gorup. Badeni begleitet den Zug bis zum Saale. Sodann begann die Herabzerrung der sozialdemokratischen Abgeordneten vor der Präsidententribüne. Abg. Cingr rief einem Wachmann zu: „Sie haben mich am Hals gepackt: Ich bin geschleift worden! Den Rock haben Sie mir zerrissen! Wie ein Vieh bin ich behandelt worden, als ob ich eine wilde Bestie wäre!“ Die andern sozialdemokratischen Abgeordneten schreien den Wachmännern zu: „Ihr habt ein entsetzliches Verbrechen begangen am Parlament!“ Berner schreit: „Sie sind hier nicht die Herren! Wir sind die Herren! Schweigen Sie!“ Im Hause verbreitet sich mit Blitzschnelle das Gerücht, daß sozialdemokratische Abgeordnete verhaftet worden seien. Abg. Kieger, darüber befragt, erzählt, daß ein Wachmann an ihm im Hause Hand

angelegt und gesagt habe: „Ich erkläre Sie im Namen des Gesetzes für verhaftet.“ Thatsächlich unterblieb die Verhaftung und auch die anderen hinausgelassenen Abgeordneten wurden wieder freigelassen. Nach 12 Uhr kamen die Minister wieder in den Saal, links von stürmischen Zurufen empfangen. Neben der Ministerbank steht ein Geheimagent in Zivilkleidung, während die im Saale verbleibenden Polizisten in voller Uniform waren. Pommer (deutschnational) schreit zur Rechten: „Ihr Schufte habt die Freiheit verkauft!“ Nun erscheint Abrahamowicz, um die Sitzung wieder zu eröffnen. Es eröfneten stürmische Psuirufe. Man schlägt auf die Pultdeckel und ruft dem Präsidenten zu: „Glender Schurke! Glender Schuft! Fort mit ihm! Hinaus mit ihm! Abzug mit dem Hochverräther! Von diesem Schufte wollen wir kein Wort mehr hören!“ Daszynski; „Glender Schuft du!“ Präsident Abrahamowicz macht einen vergeblichen Versuch zu sprechen. Nun wird Polizei-Oberkommissar Schild zum Präsidenten berufen; man sieht an einer Handbewegung, daß dieser einen Auftrag giebt. Der Polizeibeamte geht mit sechs Wachleuten auf Wolf zu und ruft ihm zu, er sei ausgeschloffen und habe das Haus zu verlassen. Wolf erwidert, er weiche nur der Gewalt, worauf ihn die Polizisten umringen und unter stürmischen Psuirufen der Linken und einer Weisfalksalbe der Rechten aus dem Saale führen. Die größte Entrüstung zeigt Glöckner. Der Polizeibeamte tritt auf einen Wink des Präsidenten an Glöckner heran. Dieser erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen, er hebt die Fäuste in die Höhe und bleibt auf dem Plage. Der Beamte begiebt sich achselzuckend zur Ministerbank, Glöckner bleibt im Saale. Präsident und Minister verlassen den Saal. Die Aufregung der Linken ist unbeschreiblich. Bald darauf erscheinen die Polizisten, die Wolf abgeführt haben, wieder im Saal, mit stürmischen Psuirufen empfangen. Um 1 Uhr betritt Abrahamowicz wieder den Saal, mit wüthenden Brüllen und Toben empfangen, Alles schlägt auf die Pulte. Der Oberkommissar eilt zum Präsidenten und spricht mit ihm. Das empört die Linke neuerlich, die Tumulte steigern sich zur Raserei. Der Präsident will die Verhandlungen beginnen: neue Psuirufe. Oberkommissar Schild tritt abermals zum Präsidenten, der mit ausgestrecktem Arm nach links deutet. Da sieht man, wie der zweite Oberkommissar Baron Gorup das Kommando zum Abziehen der Wache aus dem Saal erteilt, worauf die Wache abzieht. Sofort erschallt links der Ruf; „Ruhe!“ Mehrere Abgeordnete erheben beschwichtigend die Hände. Daszynski ruft zum Präsidenten: „Sie alter Verbrecher! Sie Hochverräther gehören in's Zuchthaus!“ Schönere beginnt wieder mit dem Pulte zu schlagen. Endlich tritt wieder eine Pause ein. Abrahamowicz ruft: „Ich bitte, meine Person nicht zu verschonen (dabei bietet er mit einer Komödiantengeberde dem Hause seine Brust), nur den Sitz, den ich einzunehmen die Ehre habe, bitte ich zu verschonen!“ Daszynski: „Sie feiger Kerl, Sie gehören in's Zuchthaus, aber nicht in's Parlament!“ Die Sozialisten erheben einen stürmischen Lärm. Der Präsident erteilt dem Abg. Stürgh das Wort. Daszynski ruft immerwährend: „Sie gehören in's Kriminal!“ Abrahamowicz: „Ich schließe Daszynski für drei Tage aus.“ Stürmischer Lärm. Man sieht den Ordner Lang zu Daszynski gehen; dieser ruft ihm zu: „Zurück, Sie haben hier nichts zu suchen!“ Hierauf wird die Polizei wiedergeholt. Daszynski steht mit verschränkten Armen mitten in seiner Bank, da fassen ihn die Polizisten, stoßen ihn aus der Bank und schleppen zur Thür hinaus. Es vergehen weitere fünf Minuten. Abrahamowicz erscheint im Saale. Die Ministerbank ist leer. Der Präsident wird mit neuen Tumulten empfangen, man ruft: „Feiger Schuft, Abzug.“ Abg. Schönere erhebt sich mit seiner Mappe und beginnt mit ihr auf den Pultdeckel loszuschlagen, bis dieser zertrümmert ist. Abrahamowicz giebt mit der Hand ein Zeichen, gleich darauf sieht man neue Polizisten im Lauffschritte herbeieilen, sie treten bei der Thür in den Saal, bei der sich der Sitz Schönere's befindet. Schönere erklärt, er werde den Herren das Geschäft leicht machen und verläßt mit ihnen den Saal, rufend: „Hurrah Germania!“

Gegen 1 1/2 Uhr eröffnete Ramarz wieder die Sitzung. (Minutenlange Psuirufe). Der tschechische So-

**Steiner** ruft fortgesetzt (tschechisch): „Schande“. Er ordnet die Ausschließung Joseph Steiners her weigert sich, den herbeigeholten Wachleuten zu gehorchen, worauf sie ihn aus dem Saal schieben. Kramarz, der inzwischen die Sitzung unterbrochen hatte, erscheint wieder. Dieselben Zurufe wie vorher schallen ihm entgegen. Man hört den Sozialisten Hübelsch rufen: „Volksgewalt! Sein eigenes Volk verrät er! Polizeiheld!“ Auf der linken Seite wird gepöfien, auf die Balle geschlagen. Auch sonst ruhige Abgeordnete sieht man in der größten Aufregung mit den Händen auf die Tische schlagen. „Erschneide, Wadeni, erschneide und sieh Dein Werk!“ ruft Funke. Kramarz will sprechen, aber der Chor ununterbrochener Zurufe, unermüdliche Zwischenrufe der Linken und der Sozialdemokraten unterbrechen seine Worte. Beim Saaleingange rechts erscheint wieder Wadeni und beobachtet die Vorgänge im Saale. Kramarz schwingt die Stocke, aber sowie er Wiene macht zum Reden, erhebt sich immer wieder unbeschreiblicher Lärm. Man sieht, daß Kramarz dem Ordner Lang Aufträge erteilt, dann verläßt er wieder seinen Sitz. Ein Polizeibeamter tritt ein und geht auf den Sozialisten Kessel zu. Dieser ruft: „Im Namen meiner 22 000 Wähler protestiere ich, die werden ihnen zeigen!“ Wachen, diesmal schon vierzig, treten jetzt ein. Auf der Linken erschallt Gelächter. Kessel, der in die Mitte genommen und zum Saalausgange geführt wird, ruft der Rechten zu: „Ihr Schandbuben!“ Der Kommissar sucht nach einem zweiten Abgeordneten, nach Werner; dieser wendet sich an den Beamten mit den Worten: „Mich hat das Volk hierher geschickt, und hier bleibe ich. Indem Sie mich anfassen, begehen Sie ein Verbrechen!“ Man winkt den Wachleuten und Werner wird abgeführt; er ruft: „Hoch die internationale Sozialdemokratie!“ Au das vollzieht sich unter größter Aufregung der Linken, während die Rechte und die Christlich-sozialen theilnahmlos und ruhig bleiben. Als nächster kommt der Sozialist Hübelsch an die Reihe. Man führt ihn wie die früheren unter tobendem Geschrei der Linken gewaltsam aus dem Hause. Nun geht's rasch, der nächste auf der Liste ist Sozialist Cingr; er leistet heftigen Widerstand, wird aber schließlich aus dem Saale gedrängt. Plötzlich geht eine neue Bewegung durch das Haus. Man sieht einzelne Abgeordnete der Rechten aus dem Saale eilen. Wadeni hat schon früher das Haus verlassen. „Die Sitzung ist geschlossen!“ ruft man. Der Präsident verläßt seinen Platz von Abzug und Schmährufen begleitet. Die Bänke der Linken leeren sich langsam. Noch lange donnern aus ihren Reihen stürmische Proteste gegen die Rechte und das Präsidium. In den Wandelgängen erfährt man, daß Kramarz vor Aufhebung der Sitzung noch fünf weitere Sozialisten, nämlich Kozakiewicz, Rieger, Schrammel, Jeller und Verkauf für die nächsten drei Sitzungen ausgeschlossen habe. Im Ganzen wurden folgende dreizehn Abgeordnete ausgeschlossen: die Schönerianer Wolf und Schönerer, die Sozialdemokraten Daszynski, Steiner, Hübelsch, Berner, Cingr, Rieger, Kozakiewicz, Verkauf, Schrammel und Jeller. Die Ausschließung erfolgte für drei Sitzungen. Die Ausgeschlossenen dürfen nach der neuen Bestimmung das Parlamentsgebäude nicht betreten. Man glaubt, sie werden trotzdem versuchen, morgen ins Haus zu gelangen. In Abgeordnetenkreisen wird erzählt, daß morgen auch die gerichtliche Verfolgung mehrerer Abgeordneten verlangt werden wird. Morgen werden voraussichtlich weitere Stürme und Ausschließungen nachfolgen. Es dürften dann die Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei an die Reihe kommen, da auch diese entschlossen sind, weitere Verathungen des Parlaments zu verhindern, weil sie der gesetzlichen Grundlage entbehren. In der heutigen Sitzung wurden gegen den Präsidenten auch noch folgende Zurufe laut: Kiefewetter: „Wir werden die Revolution von unten machen!“ Sommer: „Hinaus mit Staatsstreichspräsidenten!“ Heeger: „Sie sind der Mörder Oesterreichs.“ Kessel: „Politischer Pferdehändler! In Arrest mit dem Kerl!“ Kessel ruft ferner Kramarz, auf Abrahamowicz verweisend, zu: „Lassen Sie den Menschen verhaften!“ Kozakiewicz zu Kramarz: „Gemeiner Sklave! in Ketten solltest Du gehen!“ Die nächste Sitzung sollte heute Abend stattfinden, nachträglich änderte man diesen Entschluß und beraumte die Sitzung für morgen an.

Die Vorgänge am Freitag lassen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Vordergrund der Aktion erscheinen, während sie sich bisher, obwohl sie die Obstruktion der Minorität billigten, zurückhaltend verhielten. Das erklärt sich aus der Verschiebung der Situation. Es handelt sich nach dem offenen Gelehrbruch, den Majorität und Ministerium gemeinschaftlich begingen, nicht mehr um die Sprachenverordnungen allein, sondern um die Vertheidigung der Grundrechte des Parlaments gegen die Antastung derselben durch ein verbrecherisches Präsidium. Da hieß es jede Rücksichtnahme bei Seite setzen und es dem gewalthätigen Präsidium einfach unmöglich machen, seine brutale Vergewaltigung der Minorität unter Bruch von Gesetz und Recht weiter fortzusetzen.

In der Bevölkerung, besonders unter den Arbeitern, haben die skandalösen Szenen im Reichsrath eine gerechte Erbitterung hervorgerufen. Auch unter den Studenten herrscht lebhafteste Aufregung. Bereits am Freitag Mittag sammelten sich Studenten vor der Universität an und zogen dann zum nahen Parlament, wo sie durch verschiedene Rufe demonstrieren. Die Polizei vertrieb die Studenten und nahm mehrere Verhaftungen vor. Einige

Personen sollen verhaftet sein. Später wurde auch die Universitätsrampe von der dort weilenden Studentenschaft geäubert. Am Abend fanden große Ansammlungen vor dem Palais des Ministeriums des Innern statt unter Kundgebungen gegen Wadeni. Die Polizei sperrte die Zugänge zum Palais ab. Andere Ansammlungen erfolgten bei der Universität und vor dem Parlament. Viele Leute, die glaubten, daß eine Abend-sitzung stattfinden würde, zumal eine solche zuerst auch für den Abend in Aussicht stand, wollten ins Parlament. Die Polizei drängte aber überall die Menge zurück. Die Ansammlungen an den verschiedenen Stellen dauern fort. Im Wiener Gemeinderath brachten alle drei Parteien Voträge ein wegen der Parlamentsvorgänge. Sämmtliche Anfragen, die in der entschiedenen Verurtheilung des Vorgehens des Präsidiums und der Rechten gipfeln, wurden dem Stadtrath zur Vorberathung zugewiesen.

Auch in Graz kam es zu größeren Demonstrationen der Studenten und Arbeiter, in Folge welcher eine Reihe von Verhaftungen erfolgte.

Die deutsche Fortschrittspartei beschloß gegen Wadeni und Karahamowicz Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Mißbrauches der Amtsgewalt und öffentlicher Gewaltthätigkeit zu erstatten.

Die sozialdemokratische Parteivertretung hat für heute, Montag, Abend in Wien sieben Volksversammlungen einberufen, um Stellung zu den Vorgängen im Parlament zu nehmen.

Nach den letzten telegraphischen Meldungen hat das Ministerium Wadeni demissionirt. Was wird es nun geben?

## Politische Rundschau. Deutschland.

Die Marinevorlage. Eine Sonnabend Abend um 8 Uhr erschienene Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“, welche den Redaktionen der Berliner Blätter kurz zuvor angekündigt worden war und von der man annahm, sie werde den Entwurf des Militärstrafprozessreform-Gesetzes enthalten, galt dem „Entwurf eines Gesetzes betreffend die deutsche Flotte.“ Die offiziellen Angaben über ein Marine-Septennat bestätigen sich hiernach, jedoch in dem Sinne, daß bis 1904 die verlangten neuen Schiffe bis auf das letzte Fahrzeug fertig und fertig sein sollen.

Der Entwurf besagt nach dem „Reichs-Anzeiger“ Folgendes:

„Die zur Zeit vorhandene Kriegsmarine bedarf der Verstärkung, um den erheblich gestiegenen Seeinteressen des Deutschen Reichs im Kriege und Frieden den erforderlichen Schutz zu gewähren. Um für diese Verstärkung eine gesunde Grundlage zu gewinnen, müssen sich die beiden gegebenden Faktoren vor allem darüber einigen, wie stark die deutsche Flotte werden soll. Zu diesem Zweck ist eine Beschlusfassung des Reichstages über die Sollstärke der Marine nicht zu umgehen. Eine solche ist aber nur zu erzielen, wenn dem Reichstage ein Plan in Form eines Gesetzentwurfs vorgelegt wird. Dem von Vätern, welche die verbündeten Regierungen in Form von Denkschriften vorlegen, nimmt der Reichstag nur Kenntniß.“

Nachdem in der Entwicklung der Technik eine gewisse Ruhe eingetreten ist und in allen Marinen im wesentlichen dieselben Schiffstypen vorhanden sind, haben sich die Seemächte in den letzten Jahren hauptsächlich der Durcharbeitung der organisatorischen, taktischen und strategischen Fragen gewidmet. Es sind heute die Anschauungen hierüber so geklärt, daß unbedingt Stärke und Zusammensetzung der deutschen Kriegsmarine geistlich festgelegt werden kann.

In dem von den verbündeten Regierungen aufgestellten Gesetzentwurf wird der Schiffsbestand der deutschen Flotte, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten, wie folgt normirt: Verwendungsbereit sollen sein 17 Linienfahrzeuge, 8 Küstenpanzerfahrzeuge, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als Materialreserve kommen dazu 2 Linienfahrzeuge, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Diese Stärke der Flotte wird von den verbündeten Regierungen als ausreichend, aber auch als unerlässlich bezeichnet, wenn das Reich seine maritimen Aufgaben erfüllen soll. Zu Berechnung kommen auf diesen Sollbestand von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen als Linienfahrzeuge 12, als Küstenpanzerfahrzeuge 8, als große Kreuzer 10, als kleine Kreuzer 23. Es sind also an Neubauten noch erforderlich 7 Linienfahrzeuge, 2 große und 7 kleine Kreuzer; die gegenwärtige Zahl der Küstenpanzerfahrzeuge wird für genügend erachtet.

Unzertrennlich von der Aufstellung eines geistlich begrenzten Sollbestandes der Flotte ist die Festlegung der Frist, binnen welcher dieser Bestand erreicht werden muß. Es ist dies nur die logische Konsequenz aus der ersten Thatsache. Würde hier eine Lücke gelassen, so würde die Erreichung des Sollbestandes ganz ins Ungeviß gerückt und damit ein Zustand verlängert, dem man eben durch die gesetzliche Regelung der Dinge ein Ende machen will. In dem Entwurf wird daher folgerichtig verlangt, daß die Mittel für die erforderlichen Neubauten so rechtzeitig in den Reichshaushaltsetat aufzunehmen sind, daß der Sollbestand der Flotte bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1904, erreicht wird.

Auf die Dauer kann aber der Sollbestand nur aufrecht erhalten werden, wenn für die nach Ablauf ihrer natürlichen Lebensdauer unbrauchbar gewordenen Schiffe rechtzeitig Ersatzbauten eingestellt werden. Diese Lebensdauer wird von der Marineverwaltung für Linien- und Küstenpanzerfahrzeuge auf 25 Jahre, für große Kreuzer auf 20 und für kleine Kreuzer auf 15 Jahre bemessen. Auch hier fordert der Gesetzentwurf, daß die Mittel für diese zur Erhaltung des Sollbestandes notwendigen regelmäßigen Ersatzbauten rechtzeitig in den Etat aufgenommen werden.

Damit schließlich im Kriegsfall die Schlachtflotte leisten kann, was man von ihr erwartet, ist ein bestimmtes Maß von Indienststellungen während des Friedens und das dazu erforderliche Personal unerlässlich. Von dem Umfange der Indienststellungen hängt die zu wählende Organisation der Schlachtflotte ab. Da jede Organisation etwas Dauerndes sein muß, so müssen auch die zur Durchführung derselben nöthigen

Indienststellungen geistlich gesteuert sein. Zu diesem Zweck bestimmt die Vorlage, daß die Mittel für die Indienststellungen der heimischen Schlachtflotte jährlich bis zu solcher Höhe in den Reichshaushaltsetat einzustellen sind, daß dauernd im Dienst gehalten werden können erstens zur Bildung von aktiven Formationen 9 Linienfahrzeuge, 2 große und 6 kleine Kreuzer, zweitens als Stammschiffe von Reserveformationen 4 Linienfahrzeuge, 4 Küstenpanzerfahrzeuge, 2 große Kreuzer und fünf kleine Kreuzer, drittens zur Unterhaltung einer Reserveformation auf die Dauer von zwei Monaten 2 Linienfahrzeuge oder Küstenpanzerfahrzeuge. Nach Maßgabe des Bedarfs unterliegt der jährlichen Festlegung durch den Etat die Vereinstellung der für die Indiensthaltung der Torpedofahrzeuge, Auslandsschiffe, Schulschiffe, Spezialschiffe und Kanonenboote erforderlichen Mittel.

Was den Personalbestand betrifft, so sollen nach dem Gesetzentwurf an Deskoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Marineabteilungen, Werkstätten und Torpedoabteilungen vorhanden sein: 1. ein und einhalbfache Besatzung für die im Auslande befindlichen Schiffe; 2. volle Besatzung für die zu aktiven Formationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, die Hälfte der Torpedofahrzeuge, die Schulschiffe, die Spezialschiffe; 3. Besatzungskräfte für die zu Reserveformationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie die zweite Hälfte der Torpedofahrzeuge; 4. der erforderliche Landbedarf; 5. ein Zuschlag von 5 Prozent. Die nach Maßgabe dieser Grundzüge erforderlichen Etatsstärken des Personals dieser verschiedenen Kategorien bleiben der jährlichen Festlegung durch den Reichshaushaltsetat vorbehalten.

Ueber die Motive des Entwurfes u. s. w. werden wir morgen umgehend berichten.

Grundzüge der neuen Militärstrafprozessordnung. Die „Köln. Zeitung“ schreibt über die Grundlagen, auf denen die vereinigten Regierungen die neue Militärstrafprozessordnung aufgebaut haben: Was die Organisation des Militärgerichtswesens anbelange, so werde sich dieselbe wieder eng an die Truppenverbände anlehnen. Damit sei auch die Verbeibaltung des Vorgesetzten als Gerichtsherrn entschieden, was den großen Vorzug habe, daß eine schnelle und sichere Rechtspflege im Heere nicht nur im Frieden, sondern auch namentlich im Kriege gesichert sei. Auch die Eintheilung in eine höhere und niedere Gerichtsbarkeit, Kriegs- und Standgerichte werde bestehen bleiben, aber der Wirkungskreis der Standgerichte verkleinert werden. Alle wichtigeren Verhandlungen sollen vor dem Kriegsgericht geführt werden. Die Standgerichte blieben auf die Erledigung einfacher militärischer Vergehen beschränkt, bei denen das rechtsgelehrte Element und eine besondere Vertheidigung wahrscheinlich wegfallen. Dieses würde anständig sein, wenn die den Angeklagten schützenden Rechtsmittel in genügendem Maße vorgeesehen sind. —

Dem Angeklagten des Stand, wie des Kriegsgerichts werde das Rechtsmittel der Verurteilung zuerkannt, aber das im ersten Falle ein bei der Division zusammen tretendes Kriegsgericht, im letzteren Falle ein beim General-kommando einzusetzendes Gericht höherer Ordnung zu entscheiden habe. Außerdem werde dem Angeklagten gegen Rechtsverletzung das Recht zustehen, Revision einzulegen. Ueber diese soll ein gemeinsames oberstes Reichsmilitärgericht entscheiden. Bezüglich des letzteren Punktes sei eine Einigung mit Bayern zu erwarten. Das Bestätigungsrecht des obersten Kriegsherrn sei in dem bisherigen Umfange im Hinblick auf die Grundsätze des modernen Strafprozesses unhaltbar. Die rechtlich nicht anfechtbaren Erkenntnisse werden trotzdem ohne Weiteres rechtskräftig, höchstens werde ein Milderungsrecht in gewissen fest bestimmten Grenzen beibehalten. Bezüglich der Öffentlichkeit des Verfahrens verleihe es sich von selbst, daß diese zugelassen werden müsse, einzelne Ausnahmefestimmungen seien natürlich zu erwarten. Im Gegensatz zu den Standgerichten sei bei dem Kriegsgericht für die Verhandlungen dem Angeklagten stets die Wahl des Vertheidigers zuzugestehen. Hierbei werden bei militärischen Vergehen nur Offiziere und höhere Beamte der Militärverwaltung zugelassen, während für bürgerliche Delikte auch die Wahl eines Rechtsanwalts freistehen.

Die „Köln. Zeitung“ versichert, der Reichstag werde einen Gesetzentwurf erhalten, der, wenn er auch nicht allen Wünschen nachkomme, dennoch den Boden zur Befriedigung und Einigung in dieser Frage biete. Aus der fragmentarischen Darstellung lassen sich natürlich keine sicheren Schlüsse auf den Inhalt der Reform ziehen. So fehlt noch jede Angabe über die Organisation der Gerichte: sind sie in der Art der Schöffen- oder der Geschworenengerichte gedacht? Wie sind sie zusammengesetzt? Welche Klassen der Soldaten werden als Richter fungieren?

Alle diese Vorfragen müssen erst beantwortet werden, ehe eine kritische Würdigung der Vorlage möglich ist.

Normann-Schumann, der durch die Prozesse Beckert-Lühov und v. Tausch bekannt gewordene ehemalige preussische Polizeigangant, sendet den Redaktionen deutscher Zeitungen über Paris ein umfangreiches Druckheft mit allerlei Ausführungen zu seiner Rechtfertigung und zur Beschuldigung anderer Personen. Insbesondere erhebt er die Anklage des Meineids gegen den früheren Staatssekretär v. Marschall, den Abgeordneten Bebel, den Legationsrath Dr. Hamann und den Schriftsteller Friedrich Brentano. Viele andere Personen werden mit den tollsten Anwürfen bedacht, beispielsweise auch die Herren v. Liebermann und Paul Förster. Genosse Bebel wird als „Kronzeuge“ bezeichnet, Herr v. Marschall als Freund der Sozialdemokratie. Herr v. Hofstein soll der Haupturheber des Sturzes des Fürsten Bismarck, die „Klique“ oder das „Trio“ Hofstein-Marschall-Hamann die Quelle der abscheulichsten Majestätsbeleidigungen gewesen sein. Er redet von „dem großen Düngefall in der Wilhelmstraße“, von dem „Versteckspiel“ des „Musterstaatsanwalts“ Drescher, der sich „wissentlich zum Werkzeug jener berühmtesten Verbrecherklique im Auswärtigen Amt hergiebt.“ In diesem Tone geht es über dreißig Druckseiten lang fort.

Niemand wird die Anklage gegen Männer wie Bebel, v. Marschall und Dr. Hamann ernst nehmen. Bieweit seine Beschuldigungen gegen den Schriftsteller Brentano, der als Redakteur der „Saaleztg.“ den Normann Schumann als Verfasser bestimmter Artikel gegen den Kaiser und den „neuen Kurs“ dem Auswärtigen Amt denunzierte, zutreffen, können wir nicht ermessen. Offenbar ist hier Rache die Triebfeder. Ist aber auch nur ein Theil der Normann'schen Behauptungen wahr, so ist der Brentano ein des Normann's würdiger Kollege desselben in der Verrichtung schmutziger Dienste für die politische Polizei. Nach dieser Seite hin bietet die Schrift des Normann überhaupt das größte Interesse. Er schildert, welche Beziehungen er zur politischen Polizei gehabt hat. Er rühmt sich, Aufträge des Polizeipräsidenten v. Nitzthofen ausgeführt und dafür dessen Lob und größere „Remunerationen“ geerntet zu haben. Er gesteht, die Welkenfowds-Geschichte gegen Herrn von Voeltcher in die Presse gebracht zu haben. Er stand mit einer Menge Blätter der verschiedensten Parteien in Verbindung, mit der „Kreuztg.“, der „Schles. Bzg.“, dem „Hamb. Corr.“, dem „Osterr. Romano“, dem „New-York Herald“; er erstattete Berichte an den jzt im Zuchthause sitzenden Herrn v. Hammerstein, „die dieser damals nachweislich an eine hohe Instanz weitergeben mußte und die nicht wenig zur baldigen Weisung der kirchenpolitischen Reibungen beigetragen haben“; ihm war von Herrn v. Nitzthofen die Berichterstattung über sämtliche zur Ernennung vorgeschlagenen katholischen Pfarrer übertragen; er bezog 4000 Mark festes Gehalt von der Polizei, „ohne die erheblichen Reisekosten“; „beim Präsidium stand ich zuletzt in der Gehaltskassa weit höher als der vorgeordnete Dirigent, Polizeirath v. Wandersode“. Als die Grafen Caprivi und Botho Eulenburg die Entfernung des Herrn Normann-Schumann verlangten, erwiderte Herr v. Nitzthofen, er könne ihn nicht entbehren. Denn Herr Schumann war, wie er sich selbst bezeichnet, sein „Informator über alle den Hof, die Parlamente und das politische Leben umfassenden Angelegenheiten“. Und dabei erzählt er von sich unbefangen, daß er schon mit 21 Jahren wegen einer Wechselgeschichte mehrere Monate Gefängniß erhalten habe, deren Abbüßung ihm nur im Gnadenwege erlassen wurde.

Ja, es sind treffliche Werkzeuge, deren sich die politische Polizei bedient.

**Die Zerstückelung der Privatposten.** Der neue Staatssekretär von Bobbielski will seine Postreformen damit beginnen, daß er das Postregal erweitert durch die Zerstückelung der Privatposten. Er will dem Reichstage den Antrag unterbreiten, den Postzwang auf Ortsbriefe auszudehnen. Motivirt wird diese Maßregel damit, daß sie unbedingt notwendig sei, um den Anfall zu decken, der eine Folge der geplanten Verkehrsvereinfachungen sei. Eine Entschädigung der Privatposten, die durch das Verbot, Ortsbriefe zu bestellen, natürlich aufs Schwerste in ihrer Existenz bedroht werden, soll nicht beabsichtigt sein. Das Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 ist in der Hauptsache eine Kopie des Norddeutschen Postgesetzes vom 2. November 1867, das seinerseits wieder aus dem preussischen Postgesetz vom 5. Juni 1852 entstanden ist. In letzterem hatte das Postregal noch einen sehr großen Umfang und dem Postzwange unterlagen auch die Ortsbriefe. Das Norddeutsche Postgesetz für den Norddeutschen Bund schränkte das Postregal erheblich ein, und als das neue deutsche Reich sein Postgesetz erhielt, bröckelte abermals ein Stück vom Postregal ab. Der Postzwang wurde nur für geschlossene Briefe, die von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit einer Postanstalt des In- oder Auslandes gegen Bezahlung zu befördern waren, und für politische Zeitungen beibehalten. In der Reichstagsverhandlungen über das Postgesetz vom 28. Oktober 1871 tauchte sogar, was als charakteristisch erwähnt sein möge der freilich abgelehnte Antrag auf, den Postzwang auf geschlossene Briefe innerhalb eines Umkreises von zwei Meilen vom Absendungsorte fallen zu lassen.

Man kann prinzipiell auf dem Standpunkt stehen, daß das gesammte Verkehrswesen staatlich zu organisiren und zu verwalten ist, so wird man doch entsprechend dieser kurzen Darlegung der historischen Entwicklung des Postzwanges zugeben müssen, daß die Freiheit des Ortsbriefverkehrs nicht auf einem Zufall oder einer fahrlässigerweise offen gelassenen Lücke im Postgesetz beruht, sondern daß sie vielmehr bewußter Absicht der Gesetzgeber ihr Dasein verdankt. Mithin stehen die Privatposten auf durchaus legalem, durch die Gewerbefreiheit gewährleitetem Boden.

Das Aufkommen und die Entwicklung der Privatposten ist wesentlich auf den Umstand zurückzuführen, daß die Reichspost dem sich stetig steigenden Bedürfnis des Publikums für billige Versandtgelegenheit nicht genügt hat, vielmehr in diesem Punkte rückständig geblieben ist.

Die Privatposten müssen, wie jedes gewerbliche Unternehmen, die Initiative ergreifen. Sie müssen, mit einem Worte gesagt, sich anbieten. Das ist der Reichspost verweigert. Die Reichspost betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, alle Erwerbsmöglichkeiten gleich einem Kaufmann auszunutzen; sie thut es heute nicht, und kann es auch in Zukunft nicht. An diesem Punkte setzen die Privatposten ein, und sie haben überall, wo ihr Betrieb mit kaufmännischer Akkuratess geleitet wird, eine Steigerung des Verkehrs hervorgerufen, wie sie so bedeutend eben nur aus dem Grunde werden konnte, weil dem

Bedürfnis die Befriedigung auf halbem Wege entgegenkam.

Die Frage der Ausdehnung des Postzwanges auf Ortsbriefe ist nun nicht etwa, wie hier und da angenommen wird, bloß eine Berliner Frage. In Berlin beträgt allerdings das Porto auch für Ortsbriefe ausnahmsweise 10 Pf. Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn die Post hier durch Herabsetzung des Portos auf 5 Pf. der bestehenden Privatpost, welche nur 3 Pf. Briefporto erhebt, Konkurrenz macht. Die Pläne des Herrn von Bobbielski aber lehnen sich nicht bloß gegen die Berliner Privatpost, sondern auch gegen die Privatpostanstalten, welche noch an ungefähr 16 anderen Orten in Deutschland bestehen. Allen diesen soll die Briefbeförderung künftig auch innerhalb der Ortsgrenzen nicht mehr gestattet sein.

Privatpostanstalten bestehen u. A. in Mannheim, Dresden, Görlitz, Königsberg, Kassel, Erfurt, Chemnitz, Leipzig, Elberfeld, Straßburg, Lübeck, Kiel, Magdeburg, Plauen, Halle, München, Nürnberg, Braunschweig, Posen, Darmstadt, Breslau, Bremen, Stuttgart, Hannover, Köln, Hamburg, Bromberg, Danzig, Karlsruhe u. s. w.

Daß die Privatpostanstalten an allen diesen Hauptplätzen, in denen das Porto für Ortsbriefe nur fünf Pfennig beträgt, entstehen konnten, beweist die Allgemeinheit des Verkehrsbedürfnisses.

Trägt, wie gesagt, am Entstehen und der Entwicklung dieser Anstalten die Reichspostverwaltung selbst die Schuld, so wird sie jetzt im Volke vielfach auf Widerspruch stoßen gegen das Projekt, aus rein fiskalischen Gründen die Privatpostanstalten durch Entziehung des örtlichen Briefverkehrs zu beseitigen. Eine solche Maßnahme würde uns nur dann als eine grundsätzlich und taktisch zulässige erscheinen, wenn dabei die leitende Voraussetzung wäre, den Ortsverkehr mindestens so billig zu besorgen, wie die Privatpostanstalten es thun. Aber von dieser Voraussetzung ist die Reichspostverwaltung weit entfernt; sie will eben nur die Ueberschüsse vermehren.

### Schweiz.

**Zur Lage.** Zwei Gesetzesvorlagen von großer sozialpolitischer Bedeutung werden binnen Kurzem dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden. Der Rückkauf der Schweizerbahnen und die Kranken- und Unfallversicherung. Bei beiden Vorlagen muß die sozialdemokratische Partei ostin auf dem Kampfplatz erscheinen und sich auch schließlich auf dem Posten sein. Am heftigsten tobt der Kampf um die Eisenbahnen. Die goldene Internationale, deren Profit auf dem Spiele steht, scheut kein Mittel und keine Kosten, um die Verstaatlichung zu hintertreiben. Es steht außer Zweifel, daß die nöthigen 30 000 Unterschriften für die Inszenirung des Referendums gegen den Rückkauf zusammen kommen. In allen Städten und ganz besonders in der Westschweiz haben sich Initiativkomitees gebildet zur Sammlung von Unterschriften für das Referendum, alles, was Geld hat und mühelos erwerben will, stimmt gegen Rückkauf.

Aber mögen die Profitjäger auch alles anbieten und alle Mühen springen lassen: das fortschrittlich gesinnte Schweizervolk wird sich entschieden für die Verstaatlichung aussprechen und das arbeitende Volk wird in seiner größten Mehrheit auf Seite der Annahmenden sein.

So geeint die schweizerischen Genossen in Bezug auf die Eisenbahnverstaatlichung sind, in der Beurtheilung der Vorlage betr. die Kranken- und Unfallversicherung sind sie getheilte Meinung. Ein großer Theil der schweizerischen Arbeiterschaft ist mit der neuen Vorlage absolut unzufrieden, weil eben selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt geblieben sind. Die Meinung geht deshalb vielfach dahin, daß man lieber gar nichts wolle, als ein so unvollkommenes Gesetz.

### Lübeck und Nachbargebiete.

29. November.

**Von der Agitation.** Etwa 80 Lübecker Parteigenossen, darunter eine Anzahl Radfahrer, benutzten den gestrigen Sonntag, um auf dem Lübeckischen Landgebiete, im Fürstenthum Radeburg und im nördlichen Theil des ersten Mecklenburgischen Wahlkreises mehrere Tausend Broschüren, Flugblätter und Programme zu verbreiten. Die Vertheilung ging überall glatt von statten, die Aufnahme war durchweg eine herzliche. Nur in Schönberg sind, wie uns mitgeteilt wird, einige Radfahrer verhaftet und etwa 80 Broschüren beschlagnahmt worden, angeblich wegen Gewerbekontravention. Diese Auffassung ist bereits oft als falsche von Gerichten hingestellt worden. Das werden auch die Mecklenburger erfahren.

„Kladderadatsch!“ Gestern morgen wurde in Lübeck in diversen Wirthschaftent u. A. auch im Vereins Hause, die neueste Nummer des „Kladderadatsch“ auf Anordnung Berliner Gerichte konfisziert. Anscheinend steht ein Majestätsbeleidigungs-Prozess in Aussicht. Es weht ein scharfer Wind in Preußen-Deutschland.

Wegen Kuppelerei verurtheilte das Landgericht am Sonnabend in nichtöffentlicher Sitzung eine 70jährige Wittve zu 6 Monaten Gefängniß.

Um unliebsamen Verwechslungen vorzubeugen, theilen wir auf Wunsch mit, daß der nach Meldungen hiesiger Blätter in Bronstorf verhaftete Versicherungsschwindler

Wilhelm Koop aus Lübeck nicht identisch ist mit dem Augustenstraße 14 wohnenden Vertreter der allgemeinen Versicherungsgesellschaft „Victoria“ zu Berlin, Herrn Wlsh. Koop.

„Adershorst“, das bekannte Etablissement an der Radeburger Allee, hat einen neuen Saal erhalten, der an Größe und Höhe nichts zu wünschen übrig läßt. Das Saalgebäude erhält eine Länge von 24 1/2 Meter, eine Breite von 18 Meter, eine Höhe von 9 Meter. Innerhalb des Saales befindet sich zu beiden Seiten ein 0,15 Meter hohes Podium von 2,50 Meter Breite mit einer ebenso breiten darüber liegenden Gallerie von 4,65 Meter Höhe. Außerdem befindet sich an dem einen Ende des Saals eine Bühne von 8 Meter im Quadrat mit den nöthigen Nebenträumen, am anderen Ende wird das Buffet, Küche und Waschküche mit darunter liegendem Keller angelegt. Die Ausführung dieses Baues ist der Firma Blund u. Sohn übertragen, welche bereits am Sonnabend eine solenne Nichtfeier veranstalten konnte. Das Etablissement wird nach Fertigstellung, wie man hört, hauptsächlich zu Konzerten und Vorstellungen benutzt werden und dürfte nach Neuanlage des Gartens für den kommenden Sommer ein angenehmer Aufenthalt werden.

**Hamburg.** Der Theaterspekulant Bernhard Pollini (Baruch Pohl), Pächter des hiesigen und des Altonaer Stadttheaters und Inhaber des Thalia-theaters, außerdem betheiligte an Wiener und Berliner Theatern, ist Freitag Abend 11 1/2 Uhr in seiner hiesigen Wohnung am Herzschlage verstorben. Pollini hat es verstanden, indem er die diensteifrige Presse in seine Dienste stellte und gehörig Klammere für sich trommeln ließ, sich von dieser Presse, für die hier und da ein Brocken von seinem Tische herabfiel, als großes Kunstgenie preisen zu lassen, obgleich er nichts weiter war als ein rücksichtsloser und ungenirter Geschäftsmann, der es verstanden hat, alle ihm zugänglichen Theatergeschäfte für sich finanziell auszubeuten, gleichviel wie die Kunst dabei zu ihrem Rechte kam, und der deshalb bei seinem angeborenen Geschäftssinn zweifellos auf dem Gebiete des Hofenhandels es ebenbürtig „zu etwas gebracht“ hätte, wie auf dem Gebiete des „Kunst- und Künstlerhandels“ und der Theaterpekulation. Die wahre Kunst weint ihm denn auch keine Thräne nach.

**Hamburg.** Der Schrecken der Presse, selbst der antisemitisch angehauchten, scheint der berichtigungs- und logelustige Herr Raab geworden zu sein. Das antisemitisch gefärbte „Altonaer Tageblatt“ schreibt: „Das Bürgerchaftsmitglied Raab scheint mit dem Druckfehler-Teufel nicht auf bestem Fuß zu stehen, da der Kolob im Seklasten im letzten Bürgerchaftsbericht nichtachtend von ihm sagt: „über die Schächtfrage erhielt ein Herr Raab das Wort.“ Um nun Herrn Raab den Anlaß zu nehmen, von uns auf Grund des Briefgesetzes die Feststellung zu erzwingen, daß er nicht ein ybeliebiger, sondern der wohlbekannte Herr Raab sei, erklären wir dieses hiermit freiwillig und sprechen zugleich dem hämischen Druckfehler-Teufel unsere Verachtung aus.“ — Garnicht übel!

**Hamburg.** Ueber die Seemannsordnung läßt sich in einer Besprechung des ersten Seemanns-Kongresses die „Frank. Bzg.“ dahin aus, daß dieselbe veraltet. Das Blatt meint weiter wörtlich:

Das kann ja auch nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß sie aus dem Jahre 1872 stammt, also aus einer Zeit, in der sowohl die Verhältnisse unserer Handelsmarine ganz andere waren, als auch der öffentliche Geist dem, was man heute für richtig und nöthwendig hält, diametral gegenüberstand. Es geht nicht länger an, den Kapitän gewissermaßen zum Herrn über Leben und Tod der Matrosen zu machen, wie es durch die militärische, halb patriarchalische Seemanns-Ordnung geschieht. Eine gründliche Reform dieses Fossils, die übrigens schon so oft — verprochen wurde, thut dringend noth, und man befürchte nicht, daß die Schiffsdisziplin gelockert würde, wenn man der Mannschaft mehr und fester begrenzte Rechte zugestehet. Auch in der sozialen Versicherung wird man hinsichtlich der Seeleute Manches nachholen müssen. Von der Krankenversicherung sind sie ganz ausgeschlossen, und die Unfallversicherung ist für sie ungünstiger gestaltet worden, als für die übrigen Arbeiter-Kategorien. Eine solche Benachtheiligung läßt sich nicht rechtfertigen. An zahlreichen Punkten wird also der Hebel einzusetzen sein, um die Lage der Seeleute zu heben. In erster Linie obliegt es aber ihnen selbst, sich zu rühren, und darum ist die Gründung eines deutschen Seemannsvereins, die in Hamburg erfolgte, aufrichtig zu begrüßen.“

Das klingt bedeutend vernünftiger, als das wahnwitzige Petermordio der meisten Kapitalistenblätter!

**Wandsbek.** Ganz allerliebste Zustände herrschen im Betriebe der Straßenbahn. Seit längerer Zeit ist eine für das Publikum äußerst lästige Kontrolle eingeführt worden, deren Handhabung von den meisten Hamburger Blättern gebührend an den Pranger gestellt worden ist. Vor einiger Zeit sind zu den Ober- und gewöhnlichen Kontrolleuren noch die — „fliegenden Kontrolleure“ hinzugekommen. Die Aufgabe dieser Leute ist, auf allen Linien zu kontrolliren, wo und wann es ihnen beliebt. Wie uns aus Schaffnerkreisen mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen zu diesen verschiedenen Spezies von Kontrolleuren die „Geheimen“ hinzugezogen, über welche eine gerechte Empörung herrscht. Wie uns des Weiteren berichtet wird, befragen die geheimen Kontrolleure in stets wechselnder Kleidung — sie sollen sich als Schlächter, Schauerleute usw. verkleiden — alle Linien, beobachten die Schaffner beim Eintastiren und haben ein wachsameres Auge auf alle Vorkommnisse, die mit den dienstlichen Obliegenheiten der Schaffner in

Verbindung stehen. Hauptsächlich sollen die „Geheimen“ die Linie Wandbühl-Hamburg befahren. D. h. die „Thätigkeit“ dieser Leute den Schaffnern auf die Dauer nicht verborgen bleiben konnte, liegt klar auf der Hand. Am Freitag wurden ein und Sonnabend Morgen drei Schaffner dieser Linie ohne nähere Angabe von Gründen entlassen. Die Ration in Höhe von je 150 Mk. wurde den Leuten einbehalten. Es wurde ihnen nur eröffnet, daß sie wegen „Unregelmäßigkeiten“ entlassen worden seien. Ob sie die Ration zurück erhielten, darüber würde die Direktion noch befinden. Den so eben bezahlten Schaffnern, deren sich über diese Vorkommnisse eine große Aufregung bemächtigt hat, ist die „Veruschreibung“ bitter verfallen. Da die Schaffner sich von allen Seiten bespitzelt glauben, so findet auch folgender Vorfall seine Erklärung: Als am Freitag ein Mann einen Schaffner verleiten wollte, das Billet zu behalten, ließ der Schaffner sofort halten und den Mann wegen Verleitung zum Betrug verhaften. Die Schaffner sind auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt. Vielleicht kommen in dem voraussichtlich stattfindenden Prozeß ähnliche Dinge an's

Licht, als seiner Zeit in dem verlichtigten Schaffnerprozeß in Frankfurt. Man führt die Entlassung der Schaffner auf die Thätigkeit der „Geheimen“ zurück.

Elmsborn. Eine Sitzung beider städtischer Kollegien ist auf den 30. d. M. anberaumt. Den Gegenstand der Tagesordnung bildet die Erhöhung des Wahlzensus auf 9 Mk. Im Magistrat ist der Antrag mit 3 gegen 1 Stimme angenommen. Von dem Stadtverordneten G. Junge ist der Antrag eingebracht: „Mitbürger, welche kein Wahlrecht haben, von der Steuer zu befreien.“ Seitens der Sozialdemokratie war zum letzten Sonntag eine große Protestversammlung gegen die geplante Wahlrechtänderung einberufen.

Wiltfer. Bei den Stadtverordnetenwahlen siegten die Kandidaten der Arbeiter. Gewählt wurden: der Händler Schreiber und die Gerbereiarbeiter Steinmüller und Claussen.

Stadttheater. Morgen, Dienstag, geht die seit fünf Jahren nicht mehr gegebene Oper „Der fliegende Holländer“ in Szene. Mittwoch wird der amtsante Rosen'sche Schwan „Der Bibliothekar“ gegeben. Die nächste Aufführung von „Heta-

gold“ findet am Donnerstag den 2. Dezember statt. Durch den überaus starken Zuspruch zu den Hetaugold-Aufführungen — am gestrigen Sonntag war das Haus wieder fast ausverkauft — und in Folge der zahlreichen Anschriften aus den in der Nähe liegenden Städten und Ortschaften sieht sich die Direktion veranlaßt für nächsten Sonntag Nachmittag eine große einmalige Fremden-Vorstellung von „Hetaugold“ anzusetzen, die um halb vier Uhr beginnt und bei Overturenpreisen stattfindet. Da zu dieser Vorführung ein kolossaler Andrang zu erwarten ist, so nimmt das Stadttheaterbureau schon von heute ab von auswärtigen schriftliche Biletbestellungen entgegen.

**Quittung.**

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:

Kaystelle Neumünster des Tabakarbeiter-Verbandes (abzüglich Vorkaufgeld) durch H. Woss 4,76 Mk. Weitere Gelder nimmt gerne entgegen: Die Expedition des Volksboten, Johannisstraße 50.

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Gamburg, 27. November  
Der Schweinehandel verlief träge.  
Schweine wurden 250 Stk. zu Preise: Verkaufsbureau eine Schweine 58-59 Mk., Leber 68-59 Mk., Sauen 60-66 Mk. und Ferkel 55-58 Mk. pr. 100 Stk.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

**Dankagung.**

Für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Friedrich sprechen ihren tiefgefühltesten Dank aus.

W. Marks und Frau.

Zu vermieten ein freundliches Logis Friedenstraße 70.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung in der Nähe der Schwartauer Allee. Preis 180-200 Mk. Angebote unter K an die Exp.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling für den Fahr-raddaunsaustalten Lübeck. Off. n. L v. a. d. Exp.

Zu kauf. ge. einiges Tischler-Werkzeug Offerten unter A 1 an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine ältere Frau bei Kindern Josephienstraße 23.

**Klauenöl**

präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von

**H. Möbius & Sohn,**  
Knochenölfabrik, Hannover.  
Zu haben in allen besseren Handlungen.



**Nähmaschinen**

Handmaschinen von 30 Mk. an  
Trittmaschinen von 50 Mk. an  
**Alleinverkauf**  
der berühmten und bestbewährtesten

**Dürkopp-Nähmaschinen.**

Mehrfährige Garantie • Günstigste Zahlungsweise

**J. H. Reimann**

Mechaniker  
Lübeck, Königstrasse 93.

1 Mk.	● Ziehung Donnerstag. ●	1 Mk.
<b>Weimar-Loose!</b>	<p><b>Weimar-Loose!</b> Haupt- und Schlussziehung 2. bis 8. Dezember d. J. <b>8000 Gewinne!</b> Hauptgewinn <b>50,000 Mk.</b> werth! Loose für 1 Mk., 11 Loose für 10 Mk. (Porto n. Liste 20 Pfg.) versendet, so lange der Vorrath reicht auch per Nachnahme, <b>Paul Würzburg,</b> Lübeck, Markt 14.</p>	<b>Weimar-Loose!</b>
1 Mk.	● Ziehung Donnerstag. ●	1 Mk.

**Stadt-Theater in Lübeck.**  
Vorläufige Anzeige.  
Sonntag den 5. Dezember 1897  
Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Große einmalige Fremden-Vorstellung**  
mit völlig neuer Ausstattung  
**Das Rheingold**  
von Richard Wagner.  
Anfang 3 1/2 Uhr.  
Biletbestellungen von auswärts schriftlich möglichst umgehend an das Stadttheaterbureau erbeten.

**Der Illustrierte Neue Welt-Kalender**

für das Jahr 1898.  
Gratis-Beilage: Ein farbiges Bild u. ein Wandkalender.  
Preis 40 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
die Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 50.

**Die Geschichte der Deutschen Socialdemokratie**

von **Franz Mehring.**  
Umfasst die Zeit von 1830-1896 und behandelt die jungen Jahre der Partei, sowie deren Schicksale unter dem Ausnahmegezet von 1878-1890. Dies Werk ist jedem Parteigenossen aufs Beste zu empfehlen und in 36 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Für Gewerbetreibende**

empfehlen:  
**Kostenanschlags-Formulare** sowie **Lohnbücher.**  
Sehr gut eingerichtet.  
**Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 50.



**Süddeutsche Postillon**  
Hannover, schweizer Arbeiterblatt.  
Erscheint alle 14 Tage.  
Original illustriert. Preis 10 Pfg.

**Uhren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Dual. 0,30.**  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Hitzstraße 32.

Zur Schlachtzeit empfiehlt:  
sehr schöne Gerstengröße, Pfd. 10 Pf.  
sowie sämtliche Gewürze  
ganz und gemahlen, stets frisch.  
**J. Stooss, Arminstraße.**

**Zu Hochzeiten**

n. s. w. vermittle billigst meine beliebtesten Artons und selbstspielende Werke, alle neuesten Tänze spielend. Musikinstrumente und sonstige Artikel mit Musik in prachtvollen Neuheiten stets zu billigsten Preisen in  
**Jack's Musikhaus, Königstr. 96.**

**F. M. & Co.**

Dienstag 30. November  
Abends 8 1/2 Uhr.

**Circus Variété**

**Reuterkrug.**  
Heute Dienstag präcise 8 Uhr:  
Lehtes Auftreten des gesammten Künstler-Personals n. Abschieds-Benefiz-Vorstellung für die so beliebt gewordene Sourette  
**Josephine Decliseur.**  
Morgen Mittwoch der gänzlich neue **6. Cabinet-Spielplan.**

**Stadt-Theater.**

Dienstag: 40. Abonnem.-Vorst. 4. Abthl. **Der fliegende Holländer**  
Mittwoch: 41. Abonnem.-Vorst. 5. Abthl. **Der Bibliothekar.**  
Donnerstag: Zum 8. Male, außer Abonnem.-Vorst. **Das Rheingold.**

## Gibt „freisinnig“

b. h. völk- und kulturfeindlich, hat vor einigen Tagen die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gehandelt. Der Ausschuss der Stadtverordneten hatte nach eingehender Beratung in verschiedenen Sitzungen beschlossen, in Sachen der Lehrergehälter das Grundgehalt auf 1200 Mk. festzusetzen. Das war aber den „freisinnigen“ „Volks“vertretern zu viel und sie erreichten es denn auch, daß in der Sitzung der Stadtverordneten der Ausschussantrag niedergestimmt und das Grundgehalt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf 1000 Mk. herabgedrückt wurde. Noch nicht zufrieden mit diesem „Erfolg“, wackelten sie auch noch am Wohnungsgeldzuschuß für die Lehrerinnen, der auf 400 Mk. normirt war, 100 Mk. ab. Diese Leistungen wurden am Dienstag in einer Lehrerversammlung mit schonungsloser, aber wohlverdienter Strenge gerichtet. Das Schärfe und geradezu Vernichtende der Kritik, die dort geübt wurde, lag nicht in den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner, sondern in der Haltung und in der Stimmung der Versammelten. Die Veranstalter der Versammlung, wie diejenigen, welche in derselben das Wort ergriffen, waren „freisinnige“. Aber der Gesamteindruck, welchen die imposante Versammlung machte, war der, daß die Miß-Begeisterung der Berliner Volksschullehrer für den „Freisinn“ durch jenen Beschluß denn doch einen heftigeren Stoß als je zuvor erlitten hat. — Auch die freisinnige Wählererschaft macht nunmehr Front gegen den Beschluß ihrer Vertreter im Stadtverordnetenhaus. Mehrere freisinnige Bezirksvereine haben Resolutionsbeschlüsse, in welchen sie die aufgestellten Gehaltsätze der Berliner Gemeindefreilehrer als völlig unzureichend bezeichnen und erklären, daß diese Regelung des Lehrergehaltes die Volksbildung schädigt und somit den freisinnigen Prinzipien zuwiderläuft. Das ist bitter für die Herren Volksvertreter, sich von den eigenen Wählern so verlassen zu sehen.

Der „Vorwärts“ kritisiert das Verhalten der Freisinnshelden folgendermaßen: Der Berliner Kommunalfreisinn huldigte dem schönen Vers: Ueb' immer Lehrerfreundlichkeit bis an das kühle Grab — Doch wenn die Sache Kosten macht, dann laß nur davon ab. Im Abgeordnetenhaus beim Lehrerbefolgungsgesetz über die ostelbische Filialität gegen die Lehrer donnern, das klingt schön und kostet nichts. Wenn die Geschichte aber in Berlin praktisch wird, dann reicht beim Freisinn nicht weiter als für ein das letzte ostelbische Dorf nur um 100 Mk. übersteigendes Grundgehalt von 1000 Mk. pro Jahr für die Lehrer.

Wo keine Anwendung von Mitteln in Frage kommt, hat der Freisinn die Lehrerfreundlichkeit in Erbpacht genommen, wenns aber Geld kostet, — dann glaubt die städtische Weisheit in Berlin, die „Sieger von Königsgrätz“ können von diesem Ruhmestitel satt werden. Die Lehrer aber verstehen keinen Spaß und sagen mit einem deutlichen Hinweis auf die bevorstehenden Reichstagswahlen: Brennt die Liebe des Freisinns für uns wirklich so heiß — so zahlt er für unsere Arbeit auch den entsprechenden Preis. Mit dem Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung hat sich der Rathhaus-

freisinn in eine böse Patsche gebracht. Aber in Geldsachen hört — frei nach einem liberalen Minister — die Gemüthlichkeit auf und der Berliner Freisinnphilister will nun einmal nicht mehr wie 100 Prozent Einkommensteuern zahlen. Im Abgeordnetenhaus die Theorie, im Rathhaus die Praxis — so schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Dort ein warmes Herz, hier zugeknöpfte Taschen für die Lehrer. Dort tönende Reden gegen die unzureichenden Gehaltsätze des Gesetzes — hier die ärgste Knauterei bei der Festsetzung des Grundgehalts, dort Spott und Hohn für Landtag und Regierung, die kein Geld für Kulturaufgaben hat — hier in Berlin Verjagung der Mittel für eine Kulturaufgabe ersten Ranges, für die auskömmliche Aufzucht der Lehrer.

Kurz ein klassender Widerspruch zwischen den Worten und den Handlungen des Freisinns der Reichshauptstadt. Das fühlt die Freisinnspresse auch heraus und bereit sich, die lieben Bestimmungsgenossen feierlichst zu dezavouiren. Die leitenden Blätter der verschiedenen Richtungen des Liberalismus protestiren dagegen, für den Beschluß des Berliner Rathhaus-Freisinns verantwortlich gemacht zu werden. Ein reizendes Bild. Die festeste Säule des Freisinns, der Nährboden des Liberalismus, das Berliner Rathhaus wegen Verraths an der liberalen Sache von der freisinnigen Presse Richter'scher und Nicker'scher Observanz einmüthig boykottirt. In Acht und Bann gegen die Virchow, Langerhans und Hermeß, weil sie unter dem Gewicht der goldenen Kette für den Berliner Wären mehr sparen wollen, als für den preussischen Adler. Und all' das so kurz vor den Wahlen. Wahrhaftig, der Liberalismus hat Wech. Es gelingt ihm nichts mehr. Wenn der Freisinn am grünen Holze in Berlin so rollenwidrige Seitensprünge macht — was kann man denn erst von den Bestimmungsbildern in Potsdam u. erwarten.

## Aus Nah und Fern.

Ein Muster-Ostelbier. Der Rittergutsbesitzer und Premierlieutenant der Reserve Max Sommerfeld aus Wierowitz bei Rogowo hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht in Tremessen unter der Anklage der verlesenerischen Beleidigung eines Beamten zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte bereits drei Mal wegen Beleidigung und Körperverletzung mit 10, 50 und 200 Mk. vorbestraft ist. Gegen den Angeklagten war vom Amtsgericht in Tremessen Haftbefehl erlassen worden, weil er sich geweigert hatte, den Offenbarungseid zu leisten. Am 11. September vorigen Jahres, Morgens 6 Uhr, erschien bei Sommerfeld der Gerichtsvollzieher Narock, legte dem Angeklagten den Haftbefehl vor, und erklärte ihn durch Auflegen der Hand auf die Schulter für verhaftet. Nachdem der Beamte die Einwendungen des Schuldners, daß er krank sei, nicht hatte gelten lassen, erklärte sich der Angeklagte nach vielem Hin- und Herreden bereit, dem Gerichtsvollzieher auf das Tremessener Amtsgericht zu folgen, wobei ihm noch, um Aufsehen zu vermeiden, gestattet wurde, einen besonderen Wagen zu benutzen. Unterwegs fuhr Angeklagter so schnell, daß ihn der Gerichtsvollzieher mit seinem Gefährt nicht einholen konnte, und meldete sich

auf dem Amtsgerichte Tremessen angeblich „freiwillig“ zur Leistung des Offenbarungseides. Als kurze Zeit darauf der Gerichtsvollzieher die Meldung von der Verhaftung und Vorführung des Angeklagten machte, bestritt Letzterer, daß er verhaftet worden sei; er habe auch das Verhaftungsprotokoll unausgefüllt in der Annahme unterschrieben, es sei ein Pfändungsprotokoll. Der Gerichtshof erachtete in der Verhandlung am Dienstag für erwiesen, daß der Angeklagte wider besseres Wissen Thatsachen behauptet habe, welche, wenn sie wahr wären, den Gerichtsvollzieher nicht nur in's Gefängniß, sondern um seine Stellung und seine Ehre bringen würden, und verurtheilte, wie die „Posener Zig.“ mittheilt, den Reserve-Prämierlieutenant Sommerfeld zu einer Geldstrafe von 200 Mk. event. 20 Tagen Gefängniß. Der Amtsanwalt hatte nur 100 Mk. Geldstrafe beantragt.

Angenehme Melame. Paul Reuth in Düren versendet folgenden Melamzettel: „Kloset Papier, Marke P. K., von außergewöhnlicher Festigkeit und Weichheit wurde wiederholt bezogen u. a. von

Gräfin von Bernstorff in Bernstorff, Freiherr von Busche-Lohe in Cositz, von Pless und Willau, Schloß Hegline, Baronin von Linde, Schloß Dreyß, Graf Friedrich Strachwitz, Schloß Schräbsdorf, Excellenz von Kuffrow, Schloß Woffenheim u. u.“ Ueberall — so bemerkt dazu der „Klabberadaiß“ — gehen doch die Edelsten der Nation mit gutem Beispiel voran.

Mord-Chronik. Marburg, 24. November. In Gladenbach hat sich gestern Abend ein gräßlicher Vorfall abgespielt. Der Arbeiter Johannes Schwarz doriselbst lebt mit seinem erwachsenen ältesten Sohne schon seit längerer Zeit in Unfrieden; als derselbe nun gestern Abend aus dem Wirthshause heimkehrte, kam es abermals zu heftigem Streit und schließlich zu Thätlichkeiten. Dabei geriet der Vater derart in Wuth, daß er eine in der Ecke stehende Axt ergriff und seinem Sohne den Brustkorb zerschmetterte. Der junge Mensch liegt in den letzten Stufen. Der Thäter wurde verhaftet. — Neu-Ulm, 23. November. Im benachbarten Offenhausen, unweit der Stelle, an der vor einigen Wochen der Schuhmacher Bröckl einem Mordbuben zum Opfer fiel, hat sich abermals ein blutiger Vorgang abgespielt. Der 61jährige Hösle, gebürtig von Altheim D.-A. Ulm, wohnhaft in Offenhausen, wurde gestern Abend gegen 9 Uhr von einem Unbekannten angefallen, durch Stiche in Hals und Kopf schwer mißhandelt und seiner Baarschaft von 4 Mark beraubt. Hösle, der sich von Neu-Ulm aus auf dem Heimwege nach Offenhausen befand, traf unterwegs mit einem Mann in Arbeitskleidung zusammen, der sich mit ihm in ein Gespräch einließ und sich ihm dann angeschlossen. Kurz vor Offenhausen ver setzte der Unbekannte dem Hösle plötzlich einen mächtigen Schlag mit einem Baumstumpf gegen den Kopf, so daß Hösle mit eingeschlagenen Schädeldede die Straßenböschung hinunterfiel. Der Mordbube zog seinem Opfer das griffste Messer aus der Tasche und ver setzte ihm nicht weniger als 22 Stiche. Das Rasen zweier Brauknechte vertrieb den Angreifer. Ein der Unthat Verdächtiger wurde bereits festgenommen. — Kirchheim a. G., 23. November. Heute früh verbreitete

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(56. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der rothe Postmeister war in das Zimmer getreten, einige Zeitungsblätter in den Händen.

„Hört, hört!“ rief er, „eine neue Konfiskation, etwas noch nie Dagewesenes!“

„Nun?“ fragten Beide gespannt.

„Die Vertilgung des Ungeziefers ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.“

„Aber dann wird es in Deutschland gar zu sehr überhand nehmen“, lachte Konrad.

Was heißt denn das?“ fragte Helene.

„Nicht viel“, versicherte er, „das ist eines jener harmlosen Späßchen, die wir zur Belustigung der Unserigen fabriziren; wir können nicht dafür, daß die Regierung dafür Melame macht.“

Konrad hatte Helenens Hut in die Hand genommen und ein Exemplar der zu einem Stoße gehäuften Flugschrift darunter hervorgezogen, die den seltsamen Titel führte: „Die Vertilgung des Ungeziefers“.

„Darf ich Ihnen dieses lustige Rezept überreichen?“ fragte er und hielt es ihr entgegen.

„Es ist bereits in 50 000 Exemplaren verbreitet“, rieferte der Onkel, „jetzt mögen sie immerhin diese „Vertilgung“ vertilgen, die Brut ist ausgetrocknet.“

Helene hatte sich bald darauf entfernt.

Der Onkel sah auf die Uhr und ging in seine Wohnung hinab, um Hut und Ueberzieher zu holen.

Konrad aber stand am Fenster und sah Helene nach, bis sie zwischen den Gärten verschwand.

Er dachte nichts, er überlegte nichts, Alles in ihm war Freude.

## II.

Ein heißer Nachmittag.

Die glühenden Sonnenstrahlen schienen von der breiten Universitätsstraße, in der die Baulichkeiten noch vereinzelt standen und mit Wiesen und Weingärten wechselten, gar nicht Abschied nehmen zu wollen.

In einem der letzten Häuschen, das sonderbarerweise der „Palmhof“ genannt wurde, finden wir Helene mit ihren Freundinnen.

Helene und Sofia hatten gemeinschaftlich ein nettes Mansardenstübchen inne, während Tania, der das Steigen schwer fiel, ein großes Zimmer der Bel-Stage bewohnte, das gleichzeitig als Empfangsalon diente.

Es war fünf Uhr, und endlich kam auch der „Palmhof“, in dessen Vorgärten nur einige Nellen und Levkojen ein kümmerliches Dasein fristeten, in den Schatten.

Aber die kleinen roten Blumen richteten ihre Köpfe nicht wieder auf, sie waren weß und versengt und unter dem warmen Wind, der sie leise bewegte, strömten sie einen matten Duft aus.

Die Fenster von Tantias Stube standen weit geöffnet. Tania selbst lag nahe dabei auf einem kleinen, schmalen Sopha, den Kopf durch ein weißes Kissen gestützt, das sie ihrem Bette entnommen hatte.

Sie hatte die Füße weit heraufgezogen und es fröstelte sie, trotz der Hitze.

Ihre Gesichtszüge hatten sich wenig verändert, aber ihr Körper war noch zarter geworden und in ihrer schlaffen Haltung sprach sich ein völliger Verbrauch von Kraft aus.

Die arme Tania war krank.

Das tragische Geschick ihres Vaterlandes und ihr eigener Kummer unterminirten diese zarte Organisation und erhielten sie in einem beständigen Fieber.

Sie hatte in einem Zeitungsblatt gelesen und warf es nun schauernd zu Boden.

Es enthielt die aus allen Theilen Rußlands eintreffenden Nachrichten über die immer trostloser werdende, schier unerträgliche Lage der bäuerlichen Bevölkerung.

Aus den Städten aber kamen kurze, trockene Meldungen von neuen Aufständen und Studenten-Revolutionen, von der Entdeckung geheimer Druckereien und Verschwörungen und den darauf folgenden Willkürakten der Regierung.

Die Deportation nach Sibirien und alle die Qualen, die sie begleiteten, hatten die Revolutionäre nicht einzuschüchtern vermocht, nun ging der Parismus in einem Anfall rasender Furcht noch weiter und ihnen direkt aus dem Leben.

Eben hatte Tania den Bericht über die Strangulirung des neunzehnjährigen Rohersti gelesen, den man gehängt, weil er einem Zweiten die Proklamirung des Exekutivkomites eingehändigt hatte.

Sie warf die Hand über die Augen und ein Seufzer, einem Schluchzen gleich, erschütterte die kranke Brust.

„Wann endlich — wann — wann!“ rief sie und warf sich hin und her in fiebernder Unruhe.

„Die Blüthe unserer Jugend, die Besten, die Edelsten fallen diesem Moloch zum Opfer — wann wird es anders — und kommen wir überhaupt in dieser Weise zum Ziele?“

Und sie grub sich, die dunklen Haare zerwühlend, tiefer in ihr Kissen. Neue Bilder erstanden ihr; weicher wurden ihre Züge unter dem Ausdruck eines sehnsüchtigen Verlangens.

Sie gedachte des Gatten. . . .

Er lebte noch; sie hatte endlich Nachricht von ihm erhalten.

Er befand sich noch immer in den feuchten Kasematten der Peter-Pauls-Festung und wartete noch immer, wie Michael Karzow und seine Genossen, wie Natalie auch, auf die Wiederaufnahme des Prozesses. Vier Jahre hin-

sich hier das Verhängnis von einer furchtbaren Tragödie, die sich in dem nahen Dackenheim ereignet hat. Die etwa 20jährige Tochter des Delonomen Gemlich und der im Hause bedienstete Knecht Kopp begingen aneinander Selbstmord. Das Mädchen lag nach der „W. Pr.“ erschossen im Bette des Knechtes, während dieser sich nebenan erhängt hatte.

Den offiziellen Werktagen, Feilichoppen haben die Straßburger Korps abgefasst, weil der Kollegen-Besuch darunter leide! Wenn auch lediglich das „Offizielle“ und nicht der Feilichoppen selber verschwindet, so ist's doch immerhin iblich; noch löblicher wär's freilich, wenn die Korps sich ein Mal daran machten, die Menge viel größeren und schwereren Unfugs wegzuworfen, den sie betreiben. Die „Straßb. Post“ schlägt folgenden Wirbel: „Dieses Vorgehen des S. C. wird nicht nur in der Studentenchaft, sondern in den weitesten Kreisen der Bevölkerung den Korpsstudenten diejenige Achtung erneuert und bestärkt, die sie in der That verdienen.“ Man glaubt eine Stelle aus den verächtlichen Sago-Vorurtheilen des unfreiwilligen Komikers Gregor Samarow zu lesen! „Die weitesten Kreise der Bevölkerung“ — im Reichslande! — gespannt auf die Bierbeschlüsse des S. C. hartend, und dann, nachdem die schwere Entscheidung erfolgt ist, hochgeschwellt von erneuter Achtung und Befriedigung — das ist ein Bildchen von so überwältigender Komik, daß selbst der hochsaste Satiriker in den Sago-Soyonen dadurch in den Schatten gestellt wird. — Bisher hat es den Korpsstudenten noch nichts geschadet, daß sie an der Universität nichts gelernt haben. Der Fleiß des Einpausers und die Zugehörigkeit zu einem Korps an sich ist ihnen zumeist Empfehlung genug. Daß der Beschluß der Straßburger ernstliche Beachtung fände, ist natürlich ausgeschlossen.

Mit der Großartigkeit eines Naturereignisses hat am 12. d. M. an der Meeresküste von Odesa ein kolossaler Erdbeben stattgefunden, durch den vier große Villen (Datschen) zerstört wurden. Auf dem Wege zur kleinen Fontäne ziehen sich am Meeresufer entlang eine Anzahl hübscher nur für eine Familie bestimmter Villen mit Terrassen und Gartenanlagen hin. Zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags vernahm man plötzlich ein betäubendes Krachen; es bildeten sich Risse in der Erde, deren Zahl und Umfang rasch zunahm. Einige dieser Risse erreichten eine Breite von 4—5 Metern. Nun begannen die Einstürze, wobei bemerkt wurde, daß die ganze Fläche auf einmal sozusagen in einzelne Theile zerfiel. Ungeheure Erdstücke lösten sich los und wälzten sich in's Meer. Zugleich begannen auch überall die Wände der Gebäude einzusinken. Mit jeder Minute wurden die Erdabstürzungen häufiger und stärker und die Gefahr drohender. Alle räumten ihre Wohnungen. Gegen Abend bot das Bild der Zerstörung einen niederdrückenden Anblick. Man konnte nicht einige Schritte machen, ohne für sein Leben fürchten zu müssen. Bei jedem Schritt gab die Erde nach und kollerte hinunter, Alles mit sich fortziehend. Der ganze Platz stellte eine an verschiedenen Stellen gleichsam zerrissene, von Schländen unterwühlte Fläche dar. Die angeführten Villen sind ganz zerstört, doch ist glücklicherweise kein Verlust von Menschen zu verzeichnen. Nach sachmännischer Untersuchung haben die auf dem unsicheren Vorland stehenden Villen dadurch sehr gelitten, daß oberhalb derselben ein etwa 20 Meter breiter Erdstreifen längs des Steilabfalls senkrecht in die Tiefe gerutscht ist. Der ungeheure Druck dieser über 20 Meter hohen Erdmassen auf das unten liegende Terrain, welches ja nichts Anderes ist, als in früheren Zeiten abgestürztes Küstenland, hat dasselbe nach allen Seiten gerissen und

die Gebäude zum Einsturz gebracht. Im Meer hat sich ein ganzer Streifen Land erhoben, welcher jetzt langgestreckte Inseln und Halbinseln von etwa zwei Meter Höhe längs der Küste bildet. Eine Stützmauer ist unter den Händen der Maurer in die Tiefe gesunken. Diese Katastrophe scheint ihren Hauptgrund in der Arbeit von Menschenhänden zu haben. Von einer gegenwärtig im Bau begriffenen Champagnerfabrik wurde die Erde vom Ausheben der Keller abgesehen und den Steilabfall hinuntergeworfen. Da nun das ganze Küstenvorland sich beständig in einem labilen Gleichgewichtszustand befindet, so hat wahrscheinlich der Druck dieser Anfüllung genügt, um den weichen Untergrund zum Nachgeben zu bringen, damit den Abfluss der oberen steilen Lehmvand bewirkt, durch deren Druck wieder die Hebung des Meeresbodens verursacht wurde. Vielleicht hat auch zur Störung des Gleichgewichts der Umstand beigetragen, daß in Folge der anhaltenden Nordwinde der Wellenschlag den Fuß der untersten Erdböschung gelockert hat. Jetzt scheint die Sache im Gleichgewicht und dürfte größere Nachstürze nicht mehr zu besorgen sein.

Ein „wildes Land“, dessen Berichte Redakteure eines Arbeiterblattes freisprechen! — Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hatte einen Kadettoffiziersstellvertreter beschuldigt, zwei Soldaten durch Laufschrift vollständig erschöpft zu haben. Der Verfasser der Notiz hatte sich absichtlich jedes Anspruchs auf den Militarismus enthalten und den betreffenden Kadetten geradezu als einen Schädling des Militarismus hingestellt. Dennoch wurde auf Verreiben der Militärbehörde von der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur Mabinshy und gegen den Verfasser der Notiz Anklage wegen einer „verheerenden und das Volksgemüth aufreizenden Grundgebung gegen die gesammte österreichische Armee“ erhoben. Das Wiener Geschworenengericht that der Militärbehörde aber nicht den Gefallen, sondern sprach beide Angeklagte frei.

Einssegnung französischer Jagdhunde. Eine merkwürdige Zeremonie hat in diesen Tagen in der Kirche von Celle des Bordes bei Rambouillet stattgefunden. Anlässlich der St. Hubertus-Jagd ließ die Herzogin von Uzès mit der ihr eigenen Vorliebe für alles Brunnende und Auffällige die feierliche Einssegnung der Meute vornehmen. Die Zeremonie begann mit einer Messe, welcher alle Jagdtheilnehmer beiwohnten. Auf der rechten Seite des Chors in der Kirche nahmen die Damen in ihren eleganten Jagdflösschen Platz. Mitten unter ihnen befand sich die Herzogin von Uzès in ganz schwarzem Amazongewand. Um ihre Taille schlang sich ein goldener Gürtel, von dem der kostbare Hirschfänger herabhängt. Die Herren, ebenfalls im vollständigen Jagdhabit, nahmen die linke Seite der Empore ein. Statt der Orgelklänge ertönten die Jagdhörner, zum Schluss wurde gesegnetes Brod umhergereicht und zwar, so unglaublich es auch klingt, von den Biqueurs in ihrem traditionellen rothen Frack mit grünen Aufschlägen. Nach Beendigung der Messe begab man sich zu dem Jagd-Kendypous, wo Diener mit der Meute warteten. All die eleganten Herren und Damen gruppirteten sich nun mit äußerster Mühen um den Geistlichen, der im vollen priesterlichen Ornat den unverkündigten Hundenden Segen gab. Die Jagd währte den ganzen Tag, doch trotz der „eingesegneten Meute“ hatte sie nicht den geringsten Erfolg. — Und da hat man immer noch die Stürze, die Sozialdemokraten als die Zerstörer der Religion zu bezeichnen!

Die Pest in Indien. Nach den neuesten amtlichen Berichten über die Ausdehnung der Bubonischen Pest in

Indien ist gegenwärtig etwa der vierte Theil des britisch indischen Kolonialreiches, d. h. der ganze Regierungsbezirk Bombay, von der Seuche heimgegriffen; doch treten auch bereits in Mittelindien und im Pundschab an einzelnen Stellen Massenerkrankungen auf. Der eigentliche Seuchenherd ist noch immer die Stadt Poona, unter deren 100 000 Einwohnern am 15. November 650 Pestkranke angemeldet waren, während die durchschnittliche tägliche Todesziffer der Stadt im November 75 betrug. Weiter nach Süden hin ist die Stadt und Provinz Scholapore von der Seuche derart ergriffen, daß vom 1. bis 15. November unter einer Gesamtbevölkerung von 500 000 Seelen 3000 Todesfälle durch die Pest gezählt wurden. Sodann ist das ganze südliche Maratta-Gebiet mit dem Hauptortte Habbi von der Seuche befallen, und im Innern des Landes ist sie bereits in der Stadt Nasik mit großer Heftigkeit aufgetreten. In Bombay, der Hauptstadt des westlichen Indiens, hat die Sterblichkeit die Ziffer 318 auf 1000 erreicht, und erwiesen sich grade hier alle bisher getroffenen Abwehrmittel als wirkungslos. Am meisten aber bedauert die bisher gemachte Erfahrung, daß die kältere Jahreszeit für die Ausbreitung der Pest günstiger ist, als die heiße Jahreszeit, weshalb man für die bevorstehenden Wintermonate eine weitere unabsehbare Ausdehnung des Uebels befürchtet. Im Pundschab ist die Pest besonders in der heiligen Stadt Hardwar am Ganges aufgetreten, und zwar hat sie dort auch die in den benachbarten heiligen Wäldern hausenden Affen ergriffen, was die Bevölkerung in die größte Verwirrung versetzt hat.

### Literarisches.

Im Verlag von J. G. Diez in Stuttgart sind von der Gesellschaft der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mezger Heft 23 und 24 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. V. Lassalles Erben. 1. Die vorhandenen Gegenstände. 2. Der Kampf der Meinungen. 3. Die Entscheidung der Arbeiter. 4. Taktik und Organisation. Kap. VI. Die Revolution von Dänemark. 1. Der habsburgisch-hohenzollerische Konflikt. 2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege. 3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Das komplette Werk wird circa 36 Lieferungen à 20 Blätter umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

Alle Buchhandlungen und Kolportage nehmen Bestellungen entgegen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. Diez Verlag) ist Heft 23 und 24 des 9. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die polnische Gräfin. — Faktion über Parteitag? Von W. Liebknecht. — Essentielle Krankenpflege in Russland. — Die staatliche Untersuchung der mit Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbundenen Industrien in Großbritannien. Von Helene Simou. — Notizen: Elektrischer Motorenbetrieb in Berlin. Arbeitervertreter als Aufsichtsbeamte in belgischen Bergwerken. Entdeckung des Bazillus des Gelbfiebers. Von Dr. Stern-St. Andreasberg i. S. Veränderungen auf dem Monde. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prevost. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. Diez Verlag) ist und soeben die Nr. 24 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Ein sozialpolitischer Schwabenstreich. — Zur Lage der Berliner Gemeindeforschere. Von M. Kr. — Der Delegirtenrat der Vereine „Frauenwohl“. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Frauenfragliches. Von Frauenlob. — Notizentheil von Vili Braun und Clara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Gesundheits-schädliche Folgen industrieller Frauenarbeit. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 2902) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

durch schmachtete er nun schon in einer Lage, die zum Wahnsinn führt, als ein Lebendiger in einer Todtengruft, dem Urtheilsspruch entgegen.

Wenn sie daran dachte, und sie mußte ja immer wieder daran denken, dann bohrte sich's auch in ihr Gehirn wie Wahnsinn, und diese nutzlose, ungeheuerliche Grausamkeit, die man über einen armen Menschen verhängte, für dessen Schuld noch keine Beweise erbracht waren, und der in diesem Augenblick vielleicht, seinen Martern erliegend, mit dem Tode kämpfte, ließ sie oft aufschreien vor Wuth und Schmerz. Dann resignirte sie sich wieder, der Mensch gewöhnt sich ja an Alles; ja, sie konnte scherzen und lachen wie ebenedem, aber ihre Brust war wund, und die dunklen Stunden, in denen sie in Haß und Sehnsucht heimliche Projekte nährte, kamen immer häufiger.

Wenn sie sterben sollte, ohne ihren Gatten wieder zu sehen, nutzlos dahin ginge, ohne etwas für die Sache gethan zu haben?

Es dünkte ihr schrecklich, aber nein, so schnell ging's nicht! Sie hatte ein, vielleicht zwei Jahre noch zu leben, eine lange Zeit, und bis dahin —

Sie erhob sich aus ihrer liegenden Stellung, und preßte ihre kleinen Hände über die pochenden Schläfen, als könnte sie damit ihre Unruhe und ihre Gedanken meistern.

Dann lächelte sie, und abgespannt, mit einer gewissen weichlichen Trägheit, ließ sie sich wieder in ihr Kissen zurücksinken.

Nach einer Weile öffnete sich die Thüre und Sofia Alexandrowna trat leise herein.

Wie eine Deuchte ging es von diesem hellen und vornehmen Gesichte aus.

Sie schritt gerade auf Tania zu und fuhr ihr mit der Hand leicht und lieblos über die Stirne.

„Es ist wunderbar draußen — Du solltest ein wenig ins Freie.“

Tania schüttelte den Kopf.

„Ich bin zu träge und es ist gut hier; dann werden auch bald die Freunde kommen.“

„Ich wundere mich, daß sie nicht hier sind.“

Sofie trat zum Fenster und sah hinaus.

Von diesem hochgelegenen Punkt der Vorstadt Oberstraß streifte der Blick ungehindert über die sanft aufsteigenden Matten und das junge Gehölz des Zürichberges.

„Ein herrlicher Nachmittag, kein Wölkchen am Himmel!“ Das klang so heiter, als wäre auch in ihrer Seele Alles hell und wolkenlos.

Sie blickte eine Zeit lang aufmerksam gegen die Universitätsstraße, als erwarte sie, Jemand von dort herauf kommen zu sehen, zuckte dann ein wenig mit den Achseln, als begriffe sie nicht, weshalb er so lange zögere und wendete sich wieder der Stube zu.

Es sah wieder einmal so recht unordentlich darin aus.

Tania bemerkte so etwas nicht, sie hatte wenig Sinn für das Außerliche und vernachlässigte es vollends, seitdem sie sich leidend fühlte.

Die Lampe mit dem Delfännchen, die Schuhbürste und Tantias runder Hut — ein Teller mit Zwetschenmus, das sie „Süßes“ nannte, eine gebrauchte Serviette, Stuart Mill und Spencer in abgerissenen Bänden lagen und standen auf dem Sophasische neben und aufeinander.

Und darunter Tantias Stiefel, die sie beim Nachhausekommen von den Füßen gestreift und hingeworfen hatte, um ihre Pantoffeln anzuziehen.

Sofia beseitigte das Meiste, stellte den Teller mit dem Mus auf das Fensterbrett und ließ nur die Bücher zurück.

Tania sah ihr zu, mit zerstreuten Augen, dann fragte sie plötzlich:

„Ist Lazar nach Genf gefahren? Krapotkin erwartet ihn ja.“

Sofia erröthete wie ein junges Mädchen.

„Nein, er sollte es allerdings, ich weiß nicht, was ihn zurückhält.“

„Du weißt es nicht?“

Tania lächelte ein wenig, es sah recht schelmisch aus.

Sofia aber fuhr fort:

„Er hat einen Freund aus Deutschland hier, mit dem er gestern beisammen war.“

„Meinst Du Konrad Ebner?“

„Ja, er hält viel von ihm,“ sagte Sofia und sah sich um, als von außen das Gepolter rascher Schritte, die die hölzerne Treppe herauf kamen, vernehmbar wurde.

Tania setzte sich auf.

Mit der Hand strich sie die dicken zerwühlten Haare zurück und knöpfte die Bänder ihres weiten Säckchens zu, welche sie vorhin geöffnet hatte. Sie hatte Toilette gemacht.

Gleich darauf klopfte es an die Thür.

„Herein“, riefen beide Damen.

Zwei junge Männer traten herein, es waren Landleute, Emigrirte, der eine Schriftsteller, Paul Fedorowitsch Ostrowski, der andere Mediziner, Gregor Iwanowitsch Nowolin. Sie wohnten zusammen und waren trotz ihrer äußerlichen und innerlichen Verschiedenheit die besten Freunde.

Sie stritten unaufhörlich miteinander, erzürnten sich und versöhnten sich wieder.

Beide waren klein, aber Ostrowski ebenso zart und fein gebaut, als der Andere plump und schwerfällig; ebenso aufgeweckt und sarkastisch als Nowolin dorb und naturalistisch im Ausdruck war, der mit seinem unschönen mürrisch drein sehenden Gesicht geradezu komisch wirkte.

Auch in ihren revolutionären Anschauungen gingen sie auseinander, Nowolin gehörte den Narodnik an.

(Fortsetzung folgt.)